

Grünes NRW – vielfältig, bunt, offen

Gegenstand:	Vielfalt
Anmerkungen	Beschluss

Grünes NRW – vielfältig, bunt, offen

31.5.2015

1 Unsere Gesellschaft ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bunter geworden.
2 Diese Vielfalt zeichnet sich besonders in Nordrhein-Westfalen aus. Von Aachen bis
3 Minden leben Menschen aus mehr als 180 Ländern in unserem Bundesland; ein Drittel
4 aller Schülerinnen und Schüler an nordrhein-westfälischen Schulen hat einen
5 Migrationshintergrund. In Nordrhein-Westfalen treffen die unterschiedlichsten
6 Religionen und Wertevorstellungen, aber auch verschiedene sexuelle Identitäten,
7 Formen des familiären Zusammenlebens und Lebensentwürfe aufeinander. Viele
8 Menschen haben auch dank der Politik der Grünen mehr Freiheiten, ihre eigenen,
9 individuellen Lebensentwürfe zu verfolgen. Frauen haben sich mehr gesellschaftliche
10 Teilhabe erkämpft. Menschen mit Behinderung nehmen ihr Leben zunehmend selbst in
11 die Hand. Die Vielfalt in unserem Land ist sein Reichtum. Wir Grüne halten diese
12 Vielfalt für wertvoll und wollen sie mit all ihren alltäglichen Herausforderungen befördern
13 und weiter gestalten.

14 Diese gelebte Vielfalt steht allerdings im Fokus einer neuen rechten Bewegung, die die
15 Pluralität unserer Gesellschaft massiv in Frage stellt und angreift. Gleichzeitig sind
16 Vorurteile und alltägliche Diskriminierung tief in allen Teilen der Gesellschaft verwurzelt.
17 Auch heute ist es noch bittere Realität, dass Diskriminierung im Alltagsleben stattfindet,
18 z.B. aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität oder Religionszugehörigkeit Auch
19 heute ist es noch bittere und traurige Realität wie Diskriminierung im Alltagsleben
20 stattfindet, z.B. aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität oder
21 Religionszugehörigkeit. Es ist beschämend wie Flüchtlinge persönlich angegriffen und
22 ihre Unterkünfte Ziel von Anschlägen werden. Besorgniserregend ist auch die seit
23 Jahren steigende Anzahl von Anschlägen auf Moscheen und Angriffen auf Musliminnen
24 und Muslime. Dass 70 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur Jüdinnen und Juden
25 weiterhin Opfer von Übergriffen werden, macht uns fassungslos. Dies ist nicht nur
26 Realität in Nordrhein-Westfalen sondern leider eine europaweite Entwicklung. Diese
27 Ressentiments, dieser Hass und diese Gewalt werden befeuert durch rechte bzw.
28 extrem rechte Parteien und Bewegungen, die sich einen bürgerlichen Anstrich geben.
29 Wir GRÜNE stellen uns dieser Entwicklung entschlossen entgegen, hier in unserem

30 Land, deutschland- und europaweit. Wir wissen dabei die große Mehrheit der
31 Bevölkerung an unserer Seite.

32 Wir Grüne stehen für ein vielfältiges, buntes und offenes Nordrhein-Westfalen – ohne
33 Wenn und Aber. Wir stehen für gleiche Rechte für alle und für die Öffnung der Ehe für
34 Lesben und Schwule. Wir stehen für ein neues „Wir“ in unserer pluralen Gesellschaft.
35 Wir wollen, dass alle Menschen die Freiheit haben, ihre eigenen Lebensentwürfe zu
36 verfolgen, und ihre Potentiale in unserer Gesellschaft voll ausschöpfen können.
37 Niemand soll aufgrund seiner Herkunft oder Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder
38 sexuellen Identität, Behinderung oder des Geschlechts diskriminiert werden oder gar
39 Angst vor Bedrohung oder Übergriffen haben müssen. In Zeiten einer erstarkten Politik
40 mit Ressentiments, der erhöhten Lautstärke nationalistischer, rassistischer,
41 frauenfeindlicher und homophober Stimmen, stellen wir unsere Werte einer
42 Gesellschaft der Vielfalt ins Zentrum der politischen Debatte: Gleichberechtigung,
43 Selbstbestimmung, Antidiskriminierung und Minderheitenschutz sind die Basis einer
44 demokratischen und pluralen Gesellschaft. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen für
45 Vielfalt und Verschiedenheit zusammen steht – denn was wäre Karneval, wenn alle das
46 gleiche Kostüm tragen?

47 **Für eine echte Willkommenskultur und Perspektiven für Flüchtlinge**

48 Weltweit sind momentan über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Not
49 und politischer Verfolgung, vor Kriegen und Terror, vor gesellschaftlicher Ausgrenzung
50 und Diskriminierung, vor Hunger und Krankheiten und immer mehr auch vor den
51 Auswirkungen der Klimakrise. Der Einsatz für die Rechte von Flüchtlingen ist seit jeher
52 ein grünes Herzensthema. Für uns sind die unveräußerlichen Menschenrechte
53 Kompass unseres Handelns. Wir wollen, dass Flüchtlinge in NRW gut und sicher leben
54 können, dass sie sich willkommen fühlen können und eine Perspektive für ihr weiteres
55 Leben entwickeln können. Sie haben unsere vollste Unterstützung und Solidarität. Wir
56 wollen die vielen gemeinnützigen und ehrenamtlich Tätigen in der Flüchtlingsarbeit
57 unterstützen, denn sie bauen Brücken in die nordrhein-westfälische Gesellschaft. Ohne
58 ihr Engagement ist eine Anerkennungs- und Willkommenskultur nicht denkbar. Die
59 Tradition des Kirchenasyls darf nicht infrage gestellt werden. In sorgfältig geprüften
60 Einzelfällen sorgt es dafür, dass der Rechtsstaat seine humanitären Rechtsnormen
61 wirklich ausschöpft. Dass ca. drei Viertel der Kirchenasylfälle positiv aufgelöst werden,
62 zeigt, dass sich das Kirchenasyl bewährt hat und weiter notwendig bleibt. Die
63 Kirchengemeinden, die nach reiflicher Überlegung Kirchenasyl bieten, verdienen
64 unseren vorbehaltlosen Respekt und unsere Solidarität.

65 Der Bund ist aufgefordert, insbesondere die Kommunen endlich bei der Unterbringung
66 und Versorgung angemessen finanziell zu unterstützen.

67 Wir begrüßen die Ergebnisse des nordrhein-westfälischen Flüchtlingsgipfels. Es ist
68 wichtig und richtig, dass sich das Land in der derzeitigen Situation auch finanziell

69 verstärkt für Flüchtlingskinder in Kitas und Schulen, für Frauengesundheit, die
70 Unterstützung und Begleitung von ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingsarbeit
71 und für Maßnahmen zur Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt sowie die
72 Ausweitung von Deutschkurse engagiert. Wir wollen, dass alle Flüchtlinge unabhängig
73 von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status in eine gesetzliche Krankenversicherung
74 aufgenommen werden.

75 Wir richten uns entschieden gegen die Praxis, unschuldige Menschen einzusperren.
76 Abschiebehaft stellt für uns deshalb eine zutiefst menschenunwürdige Praxis dar. Grüne
77 Politik war sich dort immer einig und muss auch weiterhin für die Abschaffung dieses
78 Gesetzes auf Bundesebene streiten.

79 **Für eine offene Migrationsgesellschaft**

80 In den letzten 25 Jahren hat sich unser Land sichtbar für migrationsgesellschaftliche
81 Vielfalt geöffnet. Wir Grüne haben uns von Anfang an konsequent dafür eingesetzt,
82 Deutschland als Einwanderungsland mit einer auf Teilhaberechten aufbauenden
83 Anerkennungs- und Willkommenskultur zu gestalten. Die gegenwärtige Migrations- oder
84 Integrationspolitik ist noch immer defizitorientiert anstatt die Potentiale von
85 Einwanderinnen und Einwanderer für unsere Gesellschaft zu sehen. Einwanderung ist
86 eine große Chance für unsere Gesellschaft. Einwander*innen sind ein Gewinn. Dabei
87 ist die große Aufgabe, gleichberechtigte Teilhabe und Inklusion aller zu einem neuen
88 Wir zu gestalten. Wir sprechen hier bewusst von Inklusion statt Integration. Denn
89 Inklusion bezieht alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft,
90 Behinderung oder sozialem Status ein. Die Frage muss lauten, wie wir unsere
91 Gesellschaft gestalten, damit alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, nicht
92 wie wir Menschen integrieren können. Eine gelingende Inklusion beginnt mit dem
93 diskriminierungsfreien Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit. Deshalb brauchen wir
94 endlich ein Einwanderungsgesetz. Es gilt, Kriterien dafür zu entwickeln, die
95 Einwanderung und das Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft zu gestalten.
96 Hierzu gehört auch eine Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts.

97 Wir Grüne sehen als Herausforderungen die Integration und Partizipation von
98 Neuzugewanderten auf der einen Seite und begreifen Integration als gleichberechtigte
99 Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft für Menschen mit Migrationsgeschichte in
100 zweiter, dritter oder gar vierter Generation auf der anderen Seite. Während Menschen
101 mit Migrationsgeschichte zunehmend ‚höhere‘ Abschlüsse erzielen, belegen Studien,
102 dass sie auf dem Arbeitsmarkt allein aufgrund ihres Namens schlechtere Chancen
103 haben.

104 Die Trennung von Menschen aufgrund ethnischer, kultureller oder religiöser Merkmale
105 steht im Widerspruch zu einem offenen und pluralistischen Gesellschaftskonzept. Alle
106 gesellschaftlichen und politischen Kräfte müssen daran arbeiten, ein weiteres
107 Auseinanderdriften unserer Gesellschaft entlang von ‚Herkunftsgrenzen‘ (oder gar
108 ‚Glaubensgrenzen‘) zu verhindern.

109 Mit seinem Teilhabe- und Integrationsgesetz hat Nordrhein-Westfalen 2012 dafür
110 wichtige Weichen gestellt. Wir wollen die Kommunalen Integrationszentren weiter
111 vorantreiben und insbesondere die Kooperation mit den Migrant*innenorganisationen
112 erweitern, die sich mit unterschiedlichsten nordrhein-westfälischen Themen wie Kunst
113 und Kultur, Gesundheit oder Umwelt auseinandersetzen. Mit dem nordrhein-
114 westfälischen Berufsanererkennungsgesetz sorgen wir dafür, dass ausländische
115 Berufsabschlüsse besser und schneller anerkannt werden und schaffen eine
116 umfängliche Beratungsstruktur. Wir begrüßen, dass mit dem Gesetz auch die
117 Anerkennung von Vorerfahrungen vorgesehen ist, da in unterschiedlichen
118 Herkunftsländern auch häufig eine unterschiedliche Praxis der beruflichen Bildung
119 vorherrscht. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für
120 Nicht-EU-Bürger*innen. Ein Landeswahlrecht wollen wir prüfen.

121 **Für religiöse Vielfalt und Respekt**

122 In Nordrhein-Westfalen gehören rund drei Viertel aller Menschen einer
123 Religionsgemeinschaft an oder partizipieren an einer religiösen Organisation, ein Viertel
124 der nordrhein-westfälischen Bevölkerung ist konfessionslos.

125 Das Recht auf Religionsfreiheit und das Recht auf Freiheit von Religion gilt für alle
126 Lebensbereiche (positive und negative Religionsfreiheit). Wir wollen den Respekt der
127 verschiedenen Religionen untereinander und das Wissen übereinander fördern.

128 Als Grundrechtspartei wollen wir ein NRW, in dem Menschen unterschiedlicher
129 religiöser Überzeugungen und solcher, die keiner Religion zugehörig sind, friedlich und
130 gleichberechtigt zusammen leben können. Dies erfordert, dass der Staat eine neutrale
131 Position einnimmt, ohne jedoch passiv zu bleiben. Er bleibt nicht neutral, wenn er für
132 Religiosität oder einzelne Religionen eintritt. Er ist aber auch nicht neutral, wenn er
133 Religion oder einzelne Religionen diskriminiert. Der Islam gehört zu Nordrhein-
134 Westfalen wie andere Religionen auch. Die Einführung des Islamischen
135 Religionsunterrichts, wurde gemeinsam mit den islamischen Verbänden entwickelt. Der
136 islamische Religionsunterricht ist ein wichtiger Erfolg und ein deutliches Zeichen für die
137 Anerkennung und Wertschätzung des Islams in Nordrhein-Westfalen wie auch schon
138 der alevitische Religionsunterricht. Wir begrüßen das Urteil des
139 Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des Kopftuchverbots an Schulen, weil es ein
140 wichtiger Schritt auf dem Weg zur Anerkennung der Pluralität unserer Gesellschaft ist,
141 die keine Diskriminierung aufgrund von bestimmten (äußerlichen) Merkmalen zulässt.
142 Denn es kommt hierbei nicht darauf an, was jemand auf dem Kopf, sondern welche
143 Gedanken und Werte sie im Kopf hat.

144 Der sich verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit im religiösen Bereich wird aber
145 auch damit Rechnung getragen, dass es seit dem Beschluss des Landtags im März
146 2015 leichter ist, Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsgrundschulen umzuwandeln,
147 wenn dies dem Wunsch einer Mehrheit der Eltern entspricht. Der Beschluss ist ein
148 wichtiger Schritt in Richtung größerer Gemeinsamkeit von Schüler*innen

149 unterschiedlicher religiöser Prägung und solcher ohne Religionszugehörigkeit. Er
150 unterstützt unser Anliegen, den Zusammenhalt in der Gesellschaft auf der Basis der
151 Grund- und Freiheitsrechte von Anfang an zu leben. Es muss auch in der Grundschule
152 das Angebot des Ethikunterrichts geben.

153 In einer pluralen Gesellschaft ist es wichtig, besonders Kindern und Jugendlichen die
154 Achtung und Anerkennung aller Menschen und ihrer unterschiedlichen
155 Wertvorstellungen zu vermitteln und mitzugeben. Hierfür steht unser Grundgesetz Pate,
156 die die Basis für unser gemeinsames gesellschaftliches Zusammenleben darstellt. Denn
157 wer Karikaturen und Polemik nicht aushalten kann, der ist auch für das Leben in einer
158 modernen Gesellschaft nicht vorbereitet. Eine Pädagogik, die den Geist von
159 Menschenrechten, Freiheit- und Selbstbestimmungsrechten, religiöse Toleranz und
160 Respekt aller in den Mittelpunkt stellt, wollen wir in den Schulen weiter fördern.

161 **Für echte Gleichberechtigung**

162 Wir wollen sicherstellen, dass alle Geschlechter ihre Rolle in der Gesellschaft frei
163 wählen können. In der Frauenpolitik konnten in den vergangenen Jahren viele Erfolge
164 verzeichnet werden. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen ist aber weiterhin eine
165 große Herausforderung. Wir wollen die Situation von Frauen in allen Lebensbereichen
166 konkret verbessern und sehen Gleichstellung als Querschnittsaufgabe, die in allen
167 politischen Bereichen besondere Relevanz hat.

168 Um allen Frauen mehr Freiheit und Unabhängigkeit zu ermöglichen, wollen wir
169 bestehende Nachteile angehen. Denn die bestausgebildete Generation von Frauen
170 steckt beruflich weiterhin in mehrfacher Hinsicht in der Falle: Frauen werden im
171 Durchschnitt bei gleicher und gleichwertiger Arbeit schlechter bei gleicher und
172 gleichwertiger Arbeit schlechter bezahlt, sie entscheiden sich häufig für sogenannte
173 "typische Frauenberufe", die selten eine leistungsgerechte Vergütung haben und keine
174 Aufstiegschancen bieten. Frauen nehmen immer noch eher als Männer für Sorgearbeit
175 sowie Erziehungs- und Pflegeauszeiten oft Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit
176 in Kauf. Deshalb setzen wir uns für ein konsequentes Entgeltgleichheitsgesetz auf
177 Bundesebene ein und wollen in Nordrhein-Westfalen die Koordinierungsstelle zu „Equal
178 Pay“ als Unterstützung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten fortführen.
179 Verbesserung der Karrierechancen von Frauen, mehr Frauen in Führungspositionen
180 und Abbau von Altersdiskriminierung bei der Jobsuche bleiben unsere Ziele. Wir wollen
181 die Kompetenzzentren Frau und Beruf mit umfangreichem Aufgabenprofil fortführen
182 sowie die geschlechterdifferenzierte Arbeitsmarktpolitik des Landes ausbauen, neue
183 Ansätze der Frauenförderung entwickeln und umsetzen. Hilfe für Opfer von Gewalt
184 muss selbstverständlich und kostenlos sein. Wir setzen uns deshalb weiterhin für die
185 verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern und
186 Beratungsstellen ein. Die Weiterentwicklung der Frauenhäuser, insbesondere auch in
187 Bezug auf die Bedarfe von Gewaltopfern mit Behinderung, ist uns ein wichtiges

188 Anliegen. Außerdem möchten wir das Angebot für Mädchen stärken, zum Beispiel
189 durch die Förderung expliziter Mädchenhäuser.

190 Die binäre Vorstellung von Geschlecht muss aufgebrochen werden. Sie bereitet allen
191 Menschen, insbesondere Inter- und Trans*-Personen Probleme. Hier gilt es, politische
192 Lösungen zu finden.

193 Geflüchtete Frauen bedürfen unserer verstärkten Solidarität. Neben politischer
194 Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg haben sie oft vielfältige Formen von Gewalt erfahren,
195 die sich gegen ihren Körper und ihre Selbstbestimmung als Frauen richten. Wir
196 unterstützen deshalb politische Organisationen und Initiativen, die sich in diesem
197 Bereich engagieren und dringen auf eine Sensibilität auch bei der Unterbringung in den
198 Kommunen.

199 Gleichstellungspolitik muss auch das Ziel haben, tradierte Rollen für Jungen und
200 Männer aufzubrechen. Wir wollen sie unterstützen, aus gelebten Mustern
201 auszuberechnen, um damit auch Wahlmöglichkeiten zu erhalten, sei es im Berufsleben
202 oder bei der Übernahme von Verantwortung in der Familie und dem Zusammenleben.

203 **Für eine inklusive Gesellschaft**

204 Wir stehen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen dazugehören – mit ihren
205 individuellen Stärken und Schwächen. Denn es ist normal, verschieden zu sein. Unser
206 Ziel ist ein Nordrhein-Westfalen, in dem die Selbstbestimmung von Menschen mit
207 Behinderung Vorrang hat. Inklusion ist ein Menschenrecht. Deshalb gehen die
208 Ansprüche an eine inklusive Gesellschaft weit über die Schule hinaus. In Nordrhein-
209 Westfalen spielt die schulische Inklusion aber eine besondere Rolle, denn die Schulen
210 und Kitas sind Gesellschaft im Kleinen und die Schulen des gemeinsamen Lernens
211 bieten den besten Startpunkt für ein inklusives Miteinander. Wir wollen die schulische
212 Inklusion weiter voranbringen: Während 2005 nur 11,6 Prozent der Kinder mit
213 sonderpädagogischem Förderbedarf den Gemeinsamen Unterricht besucht haben, sind
214 es inzwischen mehr als ein Drittel. Dieser Fortschritt ist enorm. Unbestritten stellt die
215 Inklusion das Schulsystem vor große Herausforderungen. Deshalb haben wir in der
216 Landesregierung dafür gesorgt, dass in den nächsten Jahren über eine Milliarde Euro in
217 den schulischen Inklusionsprozess investiert wird. Denn während die Landesregierung
218 von einer Verdreifachung der Inklusionsquote ausgeht, versechsfacht sie bis 2017 die
219 hierfür zur Verfügung stehenden Lehrerstellen. Zudem unterstützt die Landesregierung
220 die Schulen mit einem umfangreichen Fortbildungsangebot. Inklusion ist eine große
221 Chance für die Gesellschaft und eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen den
222 Menschen mit all seinen Facetten und nicht seine Behinderung sichtbar machen.
223 Dieses Ziel verfolgen wir nicht nur im Interesse der Menschen mit Behinderung. Eine
224 inklusive Gesellschaft, die alle Menschen mit ihren Stärken und Schwächen annimmt,
225 ist eine reiche Gesellschaft. Rücksicht und Respekt sind die besten Mittel gegen soziale
226 Kälte und Ausgrenzung.

227 **Für die Unterstützung aller Familien**

228 Familien sind bunt. Es gibt heute verschiedenste Formen, Familie zu leben. Für uns ist
229 Familie da, wo Kinder sind und wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.
230 Uns kommt es nicht auf den Trauschein der Eltern oder die Anzahl der Kinder an. Die
231 ideale Familie ist für uns jene, in der die Menschen miteinander glücklich sind.
232 Patchwork-Familien, Alleinerziehende und Regenbogenfamilien sind neben den
233 „klassischen Familien“ längst Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Und
234 selbstverständlich hat es auch niemand zu bewerten, wenn Menschen sich
235 entscheiden, ohne Kinder zu leben. Wir wollen alle Familien unterstützen und hierfür
236 das derzeitige System der Kinder- und Familienförderung, in dem Familien mit hohem
237 Einkommen aufgrund der Freibeträge überproportional profitieren, vom Kopf auf die
238 Füße stellen und gerechter machen sowie hierfür auf Bundesebene eine
239 Kindergrundsicherung einführen. Wir wollen, dass jedes Kind den gleichen Schutz, die
240 gleiche Förderung und Unterstützung seitens des Staates erfährt. Insbesondere
241 Alleinerziehende müssen besonders unterstützt werden. Wir brauchen zudem endlich
242 eine rechtliche Gleichstellung und bessere Absicherung von Regenbogenfamilien. Das
243 volle Adoptionsrecht für nicht-heterosexuelle Paare ist dabei nur ein erster Schritt. In
244 Nordrhein-Westfalen wollen wir die Situation von Regenbogenfamilien konkret durch die
245 Sensibilisierung und Fortbildung von Fachkräften und Entscheidungsträger*innen in den
246 Bildungs- und Jugendeinrichtungen sowie den Verwaltungsstrukturen verbessern.

247 **Für die Akzeptanz und Wertschätzung queerer Vielfalt**

248 Alle Menschen in Nordrhein-Westfalen sind unabhängig von ihrer sexuellen und
249 geschlechtlichen Orientierung und Identität Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass
250 queere Menschen ihr Leben selbstbestimmt und diskriminierungsfrei führen können
251 sowie die Rechte und Teilhabechancen in Anspruch nehmen können, die allen
252 zustehen. Der nordrhein-westfälische Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz
253 sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie ist hierbei ein
254 großer Erfolg. Erstmals in der Geschichte des Landes NRW ist Queerpolitik durch den
255 Aktionsplan zur Querschnittsaufgabe geworden. Mehr als einhundert Maßnahmen sind
256 seit der Verabschiedung im Jahr 2012 angelaufen; besonders hervorzuheben sind
257 hierbei die rechtliche Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften im
258 Landesrecht, die Förderung der Vernetzungs- und Koordinierungsstellen für das Projekt
259 „SchLAU – Schwul-Lesbisch-Bi-Trans*-Aufklärung NRW“, die Seniorinnen- und
260 Seniorenarbeit sowie die Anti-Gewalt-Prävention. Wir wollen den Aktionsplan fortführen
261 sowie die Projekte und Verbände weiterhin finanziell unterstützen. Zudem gilt es, den
262 Aktionsplan weiter in die Fläche zu tragen und dabei insbesondere den ländlichen
263 Raum verstärkt in den Fokus zu nehmen. Wir setzen uns für eine Novellierung des
264 Transsexuellengesetzes ein. Die Bevormundung von Trans*-Personen muss beendet
265 werden. Trans*-Personen sind Teil der Realität und keineswegs „ein Fehler der Natur“.
266 Dies gehört endlich politisch anerkannt.

Für ein konsequentes Engagement gegen die extreme Rechte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Wir Grüne treten diskriminierenden Parteien und Organisationen, egal in welchem Gewand sie auftreten, entschieden entgegen. Rechten, nationalistischen, rassistischen und faschistischen Organisationen darf nicht unwidersprochen Raum in unserer Gesellschaft gegeben werden. In dieser Auseinandersetzung kann es nicht um einen vorgeblichen „Dialog“ mit den Personen an der Spitze solcher Organisationen gehen. Es muss um die politische Auseinandersetzung für eine offene Gesellschaft der Vielfalt gehen. Wir organisieren deswegen aktiv breite Bündnisse gegen rechts und für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung mit.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – rassistische, sexistische, antisemitische, antimuslimische, antiziganistische, homophobe und andere diskriminierende Einstellungen – sind in der Gesellschaft weit verbreitet und zwar unabhängig von Geschlecht, Bildung und Einkommen. Grundlage aller Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die ganz eindeutig den Menschenrechten zuwider läuft. Rechtsextreme Gruppierungen und Einzelpersonen sehen in menschenfeindlichen Einstellungen eine Legitimation für ihre rechtsextreme Ideologie und auch für gewalttätiges Handeln. Derzeit verzeichnen wir auch in Nordrhein-Westfalen einen Anstieg rechter Gewalt. Allein die offiziellen Zahlen der Kriminalstatistik belegen, dass etwa jeden zweiten Tag in Nordrhein-Westfalen ein Mensch Opfer rechter oder rassistischer Gewalt wird.

Opfer von Gewalt und gesellschaftlicher Diskriminierung werden u.a. Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens, Zugewanderte, schwarze Deutsche, Sinti und Roma, Lesben, Schwule und Trans*, Obdachlose und Menschen mit Behinderung. In den Fokus von Neonazis geraten oft aber auch alternative Jugendliche und Aktive gegen Rechts.

Die antisemitischen Straftaten sind seit Jahren auf einem hohen Niveau. Dass antisemitische Einstellungen weit verbreitet sind, haben zuletzt die Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg im Sommer 2014 deutlich gemacht, als antisemitische Parolen auf den Straßen Nordrhein-Westfalens gerufen wurden. Bei den Anschlägen zum Jahresbeginn 2015 in Paris und Kopenhagen wurden explizit Menschen jüdischen Glaubens zu Zielen der Attentäter. Das ist eine erschreckende Entwicklung in Deutschland und europaweit. Der europäische Antisemitismus kehrt mit alten und neuen Akteur*innen zurück und erfordert eine andere Bearbeitung als alleine die klassischen Erinnerungspolitik. Wir begrüßen die Aktionstage 2014 der Amadeu-Antonio-Stiftung und nehmen diese als Vorbild für die zukünftige Präventionsarbeit.

Die aktuelle Debatte über den gewaltbereiten Salafismus wird jedoch von Rechtspopulist*innen ausgenutzt, um gegen Muslim*innen zu hetzen und sie unter Generalverdacht zu stellen. Antimuslimischer Rassismus spielt schon seit langem eine zentrale Rolle in den Parteien und Organisationen der extremen Rechten. Mit

307 menschenverachtenden Parolen gegen Muslim*innen versuchen rechte Gruppierungen
308 an den Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft anzudocken und auf Stimmenfang zu
309 gehen. Eine weitere marginalisierte Gruppe, gegen die sich Gewalt und Hetze derzeit
310 besonders richtet, sind Flüchtlinge. So sind die Übergriffe auf
311 Flüchtlingsunterbringungen und Demonstrationen gegen Asylsuchende in den letzten
312 Monaten massiv gestiegen. Dass die Angriffe auf Muslim*innen und Flüchtlinge im
313 letzten Quartal 2014 besonders zugenommen haben und damit in zeitlicher Nähe zu
314 den Demonstrationen von HoGeSa und Pegida stehen, ist aus unserer Sicht kein Zufall.
315 Auch die Rechtspopulist*innen der AfD haben ihren Anteil an der aktuellen
316 Stimmungslage gegen Minderheiten in unserer Gesellschaft. Menschenverachtenden
317 Einstellungen, ob als offene Gewalt oder subtile Formen der Alltagsdiskriminierung,
318 werden wir Grüne immer entgegentreten!

319 Seit 2008 gibt es fünf mobile Beratungsteams in den Regierungsbezirken. Diese
320 beraten Institutionen, Behörden, Vereine, Schulen etc. im Umgang mit rechts
321 motivierten Vorfällen. Zudem unterstützen sie Bündnisse gegen Rechts. Seit 2011
322 fördert das Land NRW auf grüne Initiative hin zwei unabhängige Opferberatungsstellen
323 für Betroffene von rechter/rassistischer Gewalt. Wir werden sicherstellen, dass diese
324 Strukturen trotz knapper Kassen weiterhin aus Landesmitteln gefördert werden. Wir
325 begrüßen, dass die Landesregierung NRW derzeit ein Handlungskonzept gegen
326 Rechtsextremismus und Rassismus erarbeitet und die Zivilgesellschaft in diesen
327 Erarbeitungsprozess breit und partizipativ eingebunden ist.

328 Von Bedeutung ist an dieser Stelle auch eine Ausweitung der Bildungspartnerschaften
329 zwischen Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Schulen. Viele Projekte zur
330 Erinnerungskultur und der noch mögliche Kontakt von Kindern und Jugendlichen mit
331 Zeitzeuginnen und – zeugen zeigen, wie wichtig die Beschäftigung der jungen
332 Generation mit der deutschen Vergangenheit ist, um unsere Gesellschaft zukunftsfähig
333 zu machen. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der deutschen Beteiligung an den
334 Völkermorden an den Hereros und den Armeniern im Osmanischen Reich.

335 **Demokratie leben und lernen – die Voraussetzung für ein vielfältiges,** 336 **buntes und offenes NRW**

337 Längeres gemeinsames Lernen, Inklusion, Integration und Ganztagsbildung prägen die
338 Entwicklung formeller und nicht-formeller Bildungseinrichtung. Doch all dies wäre nichts
339 ohne das Leitbild einer demokratischen Gesellschaft. Demokratie ist die Staats- und
340 Regierungsform eines vielfältigen, bunten und offenen Landes. Menschen werden
341 jedoch nicht als Demokrat*innen geboren und es ist auch nicht gesichert, dass sie,
342 wenn sie es sind, welche bleiben. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und
343 andere menschenfeindliche Positionen müssen immer wieder aufs Neue bekämpft
344 werden. Demokratisches Denken und Handeln muss von Kindesbeinen erlernt und
345 immer wieder neu erfahren und neu gestaltet werden. Formelle und nicht-formelle
346 Bildungseinrichtungen müssen gleichermaßen dazu beitragen, dass Demokratie und

347 Partizipation, Menschenrechte, Toleranz und Respekt unsere gesellschaftliche und
348 politische Kultur bestimmen. Für die Schule bedeutet dies beispielsweise: Demokratie
349 ist genauso wichtig wie Mathematik, Deutsch, Fremdsprachen. Dies gilt gleichermaßen
350 für Berufsausbildung und Studium, aber auch für nicht-formelle Bildungsangebote wie
351 die außerschulische Jugendbildung und die Erwachsenen- und Weiterbildung. Zentrale
352 Grundlagen einer demokratischen Bildung sind eine umfassende historisch-politische
353 Bildung, die Förderung von Partizipation, die Achtung der Menschenrechte und die
354 Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Unsere Gesellschaft und unser
355 Bildungssystem werden sich gleichermaßen daran messen lassen müssen, welche
356 Spielräume wir bereits Kindern und Jugendlichen eröffnen, Demokratie in einer
357 vielfältigen, bunten und offenen Gesellschaft zu leben und zu lernen. Programme wie
358 „Demokratisch handeln“, „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Schule der
359 Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ bieten bereits in der Schule diese Gelegenheiten.
360 Die KMK-Empfehlung zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer
361 Bildung wiederum verlangt ein historisches Bewusstsein, das Vergangenheit,
362 Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet. Eine starke Landeszentrale für politische
363 Bildung verknüpft Angebote formeller, informeller und nicht-formeller Bildung. „Erinnern
364 für die Zukunft“ ist gerade in diesem Rahmen ein Auftrag für die Weiterentwicklung
365 unseres Landes zu einem Land, in dem Offenheit, Buntheit und Vielfalt den Alltag der
366 Menschen prägen und menschenfeindliche Positionen keinen Platz mehr haben.